

STAATSWISSENSCHAFTLICHES SEMINAR IM **WS 2014/15**

NEUERE ENTWICKLUNGEN IN DER BANKENAUF SICHT

1. Grundkonzeption der europäischen Bankenunion – Darstellung und kritische Würdigung
2. Aufsicht über Finanzinstitute durch Notenbanken
3. Makroprudenzielle Aufgaben und Instrumente der EZB und der Deutschen Bundesbank
4. Die Auseinandersetzungen über die Übertragung von Aufgaben in der Bankenaufsicht auf die EZB bei der Schaffung des Vertrags von Maastricht
5. Die Übertragung von Aufgaben in der Aufsicht über die Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (EZB) durch die Verordnung (EU) Nr. 1024/2013
6. Das Erfordernis demokratischer Leitung, Verantwortung und Kontrolle und die Unabhängigkeit von Einrichtungen zur Bankenaufsicht
7. Mögliche Konflikte der Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrer vorrangigen Verpflichtung auf die Preisstabilität und der fortbestehenden Kompetenz der Mitgliedstaaten für die Wirtschaftspolitik
8. Verhältnis der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde) (EBA)
9. Das Comprehensive Assessment (Asset Quality Review und Stresstest) bedeutender Kreditinstitute zur Vorbereitung auf die einheitliche europäische Bankenaufsicht
10. Der europäische Bankensanierungs- und Abwicklungsmechanismus (Überblick)
11. Der neue europäische Bankensanierungs- und Abwicklungsfonds und seiner Zusammenführung mit dem deutschen Restrukturierungsfonds
12. Verfassungsrechtliche Probleme der Beiträge zur Finanzierung des neuen europäischen Bankensanierungs- und Abwicklungsfonds
13. Die neue Richtlinie zur Einlagensicherung (Überblick)
14. Probleme einer Zusammenführung des deutschen und europäischen Einlagensicherungsfonds
15. Probleme der Finanzierung des Einlagensicherungsfonds aus deutscher Sicht
16. Demokratische Legitimation und demokratische Verantwortlichkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) bei Geldpolitik und Bankenaufsicht
17. Die unmittelbare Unterstützung von Banken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

Die Themen können jeweils aus juristischer und aus ökonomischer Sicht bearbeitet werden.